

ERKLÄRUNG

Wir sind heute ins Baskenland gekommen, weil wir glauben, dass es Zeit und auch möglich ist, den letzten bewaffneten Konflikt in Europa zu beenden.

Wir sind der Meinung, dass dies nun mit Unterstützung der Bürgerinnen und Bürger, ihrer politischen Repräsentanten, sowie der Unterstützung Europas und der weiteren internationalen Gemeinschaft erreicht werden kann. Wir möchten betonen, dass wir nicht hierhergekommen sind, um etwas durchzusetzen oder mit dem Anspruch, wir hätten das Recht oder die Autorität, den Bürgern dieses Landes, den wichtigen Akteuren und politischen Repräsentanten vorzuschreiben, was sie zu tun haben.

Stattdessen sind wir in guter Absicht hierhergekommen, in der Hoffnung, Ideen zur Lösung langer Konflikte aus unserer eigenen Erfahrung einzubringen, weil unsere eigenen Gesellschaften und Bürger betroffen waren und wir auch bei anderen einen Beitrag zur Lösung leisten konnten.

Wir wissen aus eigener Erfahrung, dass es nie einfach ist, Gewalt und Konflikt zu beenden und einen dauerhaften Frieden zu erreichen. Es braucht Mut, die Bereitschaft, Risiken einzugehen, echte Verpflichtung, Großzügigkeit und staatsmännisches Handeln.

Frieden kommt, wenn die Stärke der Versöhnung die Gewohnheiten des Hasses überwiegt; wenn die Möglichkeiten der Gegenwart und der Zukunft unendlich größer sind als die Verbitterung der Vergangenheit.

Wir wissen auch aus eigener Erfahrung, dass eine echte Möglichkeit, den Frieden zu erreichen, genutzt werden muss. Die nachdrückliche Forderung der Bürger dieses Landes und ihrer politischen Repräsentanten, diesen Konflikt durch Dialog, Demokratie und völligen Gewaltverzicht zu lösen, hat diese Möglichkeit geschaffen.

Aus diesen Gründen glauben wir, dass es heute möglich ist, mehr als 50 Jahre Gewalt zu beenden und einen gerechten und dauerhaften Frieden zu erreichen.

In diesem Sinne:

1. Wir fordern ETA zu einer öffentlichen Erklärung auf, in der sie definitiv das Ende aller bewaffneten Aktionen bekannt gibt und in der sie die spanische und die französische Regierung zu Gesprächen auffordert, die ausschließlich die Konsequenzen des Konflikts betreffen.
2. Wir bitten die Regierungen von Spanien und Frankreich dringend, eine solche Erklärung zu begrüßen und Gesprächen zuzustimmen, die ausschließlich die Konsequenzen des Konflikts betreffen.
3. Wir mahnen größere Schritte an, um Versöhnung zu fördern, alle Opfer anzuerkennen, sie zu entschädigen und ihnen zu helfen, das Leid anzuerkennen, das ihnen angetan wurde und zu versuchen, persönliche und soziale Wunden zu heilen.
4. Aus unserer Erfahrung der Konfliktlösung sind es oft weitere Themen, die helfen können, das Ziel eines dauerhaften Friedens zu erreichen, wenn man sie adressiert. Wir schlagen vor, dass sich gewaltlose Akteure und politische Repräsentanten treffen und in Abstimmung mit der Bevölkerung politische und verwandte Themen diskutieren, die zu einer neuen Ära ohne Konflikt beitragen können. Aus unserer Erfahrung hilft die Anwesenheit Dritter als Beobachter oder Moderatoren einem solchen Dialog. Hier könnte ein solcher Dialog auch von internationalen Moderatoren unterstützt werden, wenn die Teilnehmer dies wünschen.
5. Wir sind bereit, ein Komitee zu gründen, das diese Empfehlungen weiterverfolgt.

Donostia-San Sebastian

17. Oktober 2011

Die 35 Schweizer ParlamentarierInnen :

Mathias Aebischer (SP)

Evi Allemann (SP)

Josiane Aubert (SP)

Prisca Birrer-Heimo (SP)

Marina Carobbio (SP)

Ignazio Cassis (FDP)

Isabelle Chevalley (GLP)

Max Chopard (SP)

Raphaël Comte (FDP)

Hildegard Fässler (SP)

Hans-Jürg Fehr (SP)

Yvonne Fery (SP)

Balthasar Glättli (Grüne)

Barbara Gysi (SP)

Bea Heim (SP)

Beat Jans (SP)

Francine John-Calame (Grüne)

Margret Kiener Nellen (SP)

Ueli Leuenberger (Grüne)

Jacques-André Maire (SP)

Liliane Maury-Pasquier (SP)

Walter Müller (FDP)

Eric Nussbaumer (SP)

Valerie Piller Carrard (SP)

Luc Recordon (Grüne)

Mathias Reynard (SP)

Ursula Schneider Schüttel (SP)

Jean-Christophe Schwaab (SP)

Silvia Semadeni (SP)

Carlo Sommaruga (SP)

Jean-François Steiert (SP)

Manuel Tornare (SP)

Eric Voruz (SP)

Cedric Wermuth (SP)

Ursula Wyss (SP)

Die 4 ehemalige Parlamentarier :

Franco Cavalli (SP)

Jo Lang (Grüne)

Jean Ziegler (SP)

Josef Zisyadis (AL)